

## **Betroffen seid ihr, gemeint sind wir alle – Statement vom Frauen\*Streik Bonn an die Betroffenen vom Rondenberg-Verfahren.**

Am 03.12.2020 haben die "Rondenberg" Verfahren zum G20 Gegenprotest in Hamburg vor 3 Jahren begonnen. Die Angeklagten sind 5 damals minderjährige Menschen, darunter auch Aktivist\*innen aus Bonn. Sie gehören zu den ca. 200 Demonstrant\*innen, die am Morgen des 7. Juli 2017 in der Straße Rondenberg in Hamburg ohne Vorwarnung angegriffen wurden, als sie auf dem Weg zu Blockadeaktionen gegen die Teilnehmer des G20 Gipfels waren.

Besonders wütend macht uns die krasse Polizeigewalt und der offene Sexismus und Rassismus, den die Teilnehmer\*innen der Blockade von Seiten der Polizei erleben mussten. Junge Frauen berichteten von sexistischen Kommentaren von männlichen Polizeibeamten, die Benutzung der Toilette in der Gefangenessammelstelle war den Betroffenen nur mit Bewachung und offener Tür erlaubt, auch wenn sie ihre Tage hatten, und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen von rassistischer und sexistischer Polizeigewalt – ihr seid nicht allein! Insgesamt wurden allein am Rondenberg zahlreiche Aktivist\*innen verletzt, elf von ihnen schwer. 80 Personen wurden festgenommen, teilweise bis zu 5 Monate in U-Haft gesteckt und nun eben auch angeklagt. Die Betroffenen leiden zum Teil heute noch unter den körperlichen und seelischen Folgen der Polizeigewalt.

Nun werden ihnen mehrere Straftaten wie schwerer Landfriedensbruch, Angriff auf Vollstreckungsbeamten, versuchte schwerer Körperverletzung und Bildung bewaffneter Gruppen vorgeworfen. Mehrjährige Haftstrafen sind angedroht. Die Argumentation der Staatsanwaltschaft ist dabei die "gemeinschaftliche Tat", das heißt keiner\*m der Betroffenen wird eine konkrete Straftat vorgeworfen. Sie sollen aufgrund der bloßen Teilnahme an der Aktion verurteilt werden.

Das Verfahren stellt ein Pilotverfahren dar, in dem diese Interpretation eines Gesetzes durchgeboxt werden soll, damit es auch auf andere Demonstrant\*innen angewendet werden kann. Wir wissen: Wegen bloßer Anwesenheit bei einer Demonstration haftbar gemacht zu werden, ist ein Angriff auf die Versammlungsfreiheit aller! Mit den Rondenberg Verfahren soll eine Kollektivschuld etabliert werden, die eine Gefahr für jeden Menschen, der in Zukunft auf Demonstrationen seine Rechte verteidigen will, darstellt. Schon jetzt laufen Ermittlungsverfahren mit ähnlichen Vorwürfen gegen Teilnehmer\*innen an einer Protestaktion für das Recht auf Abtreibung und auch Solidaritätskundgebungen mit den Betroffenen sollen kriminalisiert werden. Gerade in Zeiten wie diesen, in denen immer mehr Menschen aufstehen und gegen ein System der Ausbeutung und der Gewalt auf die Straße gehen, können wir eine solche Rechtsprechung nicht zulassen.

Wir sehen euren Einsatz bei G20 für eine bessere Welt als Teil unseres Kampfes gegen das Patriarchat, Rassismus, für eine Welt ohne Grenzen und den Schutz der Umwelt. Wir stehen an der Seite der Angeklagten und unterstützen euch, wie auch immer ihr das braucht.

Gegen Polizeigewalt – Freiheit für alle Angeklagten!

Spenden zur Deckung der Prozesskosten (Zugfahrten nach Hamburg aus allen Teilen Deutschlands alle zwei Wochen, Anwaltskosten, einen Kaffee zur Stärkung der Moral) bitte an:

*Rote Hilfe e.V.*

*Stichwort „G20“*

*IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39*

*BIC: NOLADE21GOE*

*Sparkasse Göttingen*

#rondenberg #demonstrationsrechtwahrnehmen #polizeigewalt #g20 #gemeinschaftlicherwiderstand